
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60413

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ebenso realistisch wie hoffnungsvoll: »Crises will remain dangerous, and war may sometimes be chosen deliberately and clear-sightedly, but unnecessary wars and unnecessarily dangerous crises, will become less likely« (S. 369).

Klaus HILDEBRAND, Bonn

Christopher HILL, Pamela BESHOPF (Hg.), *Two Worlds of International Relations. Academics, practitioners and the trade in ideas*, London (Routledge) 1994, XIII–233 S.

Die Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen war im 19. Jh. eine Angelegenheit für einen kleinen Kreis von Ausgewählten. Dies galt erst recht für die Arbeitsweise der Kanzleien und Ministerien, in denen eine Handvoll von Politikern, Diplomaten und Beamten über das Schicksal von Millionen entschieden. Eine der zahlreichen Ursachen für die europäische »Ur-Katastrophe« des Ersten Weltkrieges schien demzufolge das Versagen der Geheimdiplomatie gewesen zu sein. Wilsons Forderung nach einer »open diplomacy« sollte daher auch ein neues Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft begründen, war doch nicht zuletzt den Akademikern die Aufgabe zgedacht, den Politikern künftig mit ihrem Expertenwissen den Weg zu einer der Vernunft verpflichteten Gestaltung der internationalen Staatenbeziehungen zu ebneten. Historiker berieten die britische Delegation in Versailles, die Disziplin der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen konnte sich in der angelsächsischen Welt an den Universitäten fest etablieren. Die Unzulänglichkeiten des Versailler Vertrags und das Vordringen der totalitären Ideologien des 20. Jh. zerstörten allerdings schon rasch die Hoffnungen auf die Errichtung einer gerechteren Weltordnung. »Theorie« und »Praxis« der Internationalen Beziehungen ließen sich nur selten in Übereinstimmung bringen, Ideal und Realität klafften weit auseinander. Daher kann es nicht überraschen, daß am Ende des Jahrhunderts Akademiker und »Praktiker« die Möglichkeiten einer direkten fruchtbaren gegenseitigen Beeinflussung eher mit Skepsis und Nüchternheit betrachten. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls eine Veranstaltungsreihe, zu der die London School of Economics 1987/88 namhafte Wissenschaftler und Politiker eingeladen hatte und deren Beiträge nun publiziert vorliegen.

Gewinnbringend im Sinne der Fragestellung sind vor allem die Beiträge von Autoren, die über Erfahrungen im akademischen *und* politischen Bereich verfügen (J. CABLE) oder in leitender Funktion in wissenschaftlichen Institutionen mitwirkten, denen als sog. »Think-tanks« eine Mittlerfunktion zwischen den »two worlds of international relations« zufällt (W. WALLACE). Ein für beide Seiten vorteilhafter Dialog kann offenbar nur zustande kommen, wenn bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sind. Unverzichtbar ist dabei, daß die Wissenschaft ihre Unabhängigkeit und Distanz zur Politik bewahrt und der zunehmenden Gefahr widersteht, aufgrund finanzieller Abhängigkeiten selbst zu einem instrumentalisierten Teil des politischen Tagesgeschäftes zu werden (C. HILL). Vorteilhaft ist es zudem, wenn das politische System eines Landes offen ist für alternative außenpolitische Überlegungen. In den USA entsteht durch die institutionell eingebaute Rivalität zwischen Regierung und Kongreß ein »Markt« für Ideen und Konzeptionen. Der Wechsel von Personen aus dem akademischen Bereich in die Politik und vice versa gehört zur Normalität (WALLACE). In Großbritannien hat das Foreign Office dagegen die außenpolitische Kompetenz fast monopolisiert und sich recht erfolgreich allen äußeren Einflüssen entzogen (Z. STEINER und P. J. BECK). Ein Austausch von Personen und Gedanken findet daher kaum statt, und eine Persönlichkeit wie Henry Kissinger ist für das Foreign Office nahezu eine »exotische Figur« (CABLE). Dies hat seine Ursache auch in der Tendenz der britischen außenpolitischen Elite, pragmatisch und von Fall zu Fall auf außenpolitische Herausforderungen zu reagieren. Eine langfristig angelegte und intellektuell abgesicherte Planung außenpolitischer Aktionen ist daher CABLE zufolge im britischen Außenministerium kaum anzutreffen.

Erschwert wird der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik aus der Sicht der Praktiker vor allem durch die mitunter anzutreffende Tendenz der Akademiker, sich in den Bereich der Theorie zurückzuziehen (CABLE, WALLACE), während umgekehrt die stärker theoretisch ausgerichteten Fachvertreter am Beispiel der Menschenrechte (J. VINCENT) und der International Political Economy (R. TOOZE) die mangelnde Bereitschaft der Politiker und Fachkollegen beklagen, ihre Erkenntnisse überhaupt aufzugreifen oder in konkrete politische Schritte umzusetzen. Daß der akademische Diskurs aber auch mitunter schlichtweg hinter der politischen Entwicklung zurückbleibt, zeigt der Beitrag über die in den USA zeitweilig geführte Debatte über ausländische Wirtschaftsinvestitionen (M. HODGES).

Ein direkter Austausch zwischen Wissenschaft und Politik bildet daher – auf Großbritannien bezogen – eher die Ausnahme, findet aber gelegentlich durchaus statt, wie F.D. BERMAN (Legal Adviser im Foreign Office) und T. DALYELL (langjähriger Labour-Abgeordneter im Unterhaus) mit instruktiven Beispielen belegen. Letztlich ist aber dem Urteil der Herausgeber sicherlich zuzustimmen, daß vor allem der indirekte Einfluß, den die Wissenschaft durch die Rezeption von Büchern, Artikeln und Kommentaren auf die Politik ausübt, keineswegs unterschätzt werden sollte.

Rainer LAHME, Passau

Ulrich LAPPENKÜPER, *Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks (1871–1875)*, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 1990, 597 p. (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 40).

La politique extérieure de l'Empire allemand des années 1870 comporte encore de multiples affaires mal éclaircies et parmi celles-ci, la mission extraordinaire à Saint-Pétersbourg en février – mars 1875 du conseiller de légation Joseph-Maria von Radowitz. Ce jeune diplomate de 35 ans en poste à la Wilhelmstrasse depuis 1872, fut envoyé par Bismarck à Saint-Pétersbourg pendant la convalescence de l'ambassadeur, le prince de Reuss. Radowitz arriva sur les bords de la Néva le 4 février 1875 et revint à Berlin le 21 mars. Pendant ce mois et demi il fut reçu avec beaucoup d'égards par le tsar Alexandre II et eut de nombreux entretiens avec les dirigeants russes et plus particulièrement avec le chancelier Gortchakof. Cette mission insolite et quelque peu mystérieuse a beaucoup intrigué les diplomates de l'époque; elle a suscité dans la presse plusieurs polémiques successives; à l'une d'elle Bismarck a pris part après son départ des affaires. Quant aux historiens des relations internationales ils se sont interrogés sur les objectifs de Bismarck et les résultats obtenus. Lappenküper a repris le dossier et consulté la totalité des sources disponibles en Allemagne, en Autriche, en Belgique, en Grande-Bretagne et en France. Il manque seulement les documents diplomatiques russes qui, dans les années 1980, n'étaient pas encore accessibles aux historiens de la République Fédérale. Quant aux documents allemands, ils sont lacunaires car Bismarck aurait fait disparaître de nombreuses pièces sur »l'alerte de 1875«.

La thèse qui a été soutenue à Bonn en 1988, apporte des informations précises sur la personnalité de Radowitz qui était à ce moment-là l'un des proches collaborateurs et confidents du chancelier. Cependant il ne fit pas la carrière qu'il pouvait espérer et n'obtint pas la fonction de secrétaire d'Etat à laquelle il s'était préparé car il perdit la confiance de Bismarck puis se heurta à l'animosité tenace du conseiller Holstein dont on connaît le rôle décisif à la Wilhelmstrasse pendant 30 ans. Son dernier poste fut l'ambassade de Madrid (1892–1908).

Cette mission extraordinaire a été décidée par Bismarck seul lequel a instruit Radowitz sur tout ce qu'il devrait faire et laisser entendre là-bas. Bismarck était inquiet de la dégradation des relations germano-russes dans une conjoncture internationale où il craignait l'établissement d'une constellation diplomatique »à la Kaunitz« qui associerait la France, la Russie et l'Autriche. La France se redressait et dans les milieux dirigeants allemands on se demandait